

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### Ministerpräsident Li Peng in Myanmar/Birma

Vom 26.-28. Dezember 1994 besuchte Li Peng das südliche Nachbarland Myanmar, das mit der VR China rund 2000 km Grenze gemeinsam hat.

Seit der Machtübernahme durch das SLORC (State Law and Order Restoration Council)-Regime im Jahre 1988 haben sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten stetig verbessert, wobei makabre Tatbestände, nämlich die Massaker von Yangon/Rangun (1988) und von Beijing (Juni 1989) zunächst ein gemeinsames Fundament lieferte, das durch die langjährige Isolation beider Staaten zusätzlich verstärkt wurde.

Hatte die VRCh noch zu Maos Lebzeiten zahlreiche Aufständischen-Gruppierungen in Birma sowie die (dort verbotene) Burmese Communist Party unterstützt, so änderte Beijing spätestens nach 1988 diese Politik und arbeitete mit dem SLORC eng zusammen, und zwar in zahlreichen Bereichen:

- Zwischen beiden Seiten hat sich bspw. der Handel ständig erhöht, und zwar von 15 Mio.US\$ im Jahr 1984 auf 800 Mio.US\$ in 1994. Vor allem der Grenzhandel nimmt laufend zu, aber auch der offizielle Handel: China liefert Konsumgüter sowie Waffen und läßt sich im Gegenzug Rohstoffe, vor allem Hölzer liefern.
- Als Transportweg hierfür dienen zwei Routen, nämlich die alte Birma-Straße, die schon während des 2. Weltkrieges als Nachschubroute nach Südchina gedient hatte und später - im Zuge des Birma-Feldzuges - von den Japanern abgeriegelt worden war, sowie die inzwischen neueröffnete Yunnan-Birma-Straße. Die alte Birma-Straße, die von Mandalay über Lashio nach Ruili (chinesische Grenzstadt in Yunnan/VR China) und

von dort via Dali nach Kunming (Hauptstadt der Provinz Yunnan) führt, ist in der Zwischenzeit streckenweise neu gebaut worden, und zwar mit chinesischer Hilfe. Die neue Streckenführung hat die Leistungsfähigkeit der Route Mandalay-Kunming wesentlich erhöht. (Dazu DGB, 21.12.1994, S. 3) Bei Ruili wurde überdies eine neue Brücke über den dortigen Grenzfluß gebaut und - auf chinesischer Seite - eine "Sonder-Entwicklungs-Zone" eingerichtet, die dem Austausch zwischen den beiden Nachbarstaaten im beiderseitigen Interesse zugutekommen soll.

- Auch sonst unterstützt die VR China den südlichen Nachbarn beim Ausbau von Telekommunikationseinrichtungen, beim Brückenbau und bei der Modernisierung von Straßen. Am 31.7.1993 war die von den Chinesen gebaute Yangon-Thanyin-Brücke in einem östlichen Vorort von Yangon eingeweiht worden. (XNA, 1.8.1993)
- Ferner ist es im Zeichen der bilateralen Kooperation zu einem Ausgleich entlang der 2000 km langen gemeinsamen Landesgrenze gekommen. Im August 1993 fand bspw. die zweite Sitzung des "Chinesisch-birmanischen Grenzinspektionskomitees" statt. (XNA, 12.8.93) Am 8. April 1994 wurde ein Abkommen zwischen China, Laos und Myanmar über die Demarkierung im gemeinsamen Grenzbereich unterzeichnet. In Zukunft soll das Dreiländereck eine Region des "ständigen Friedens, der Freundschaft und der Kooperation zwischen den drei Staaten sein", hieß es. (XNA, 9.4.94)
- Ferner bestehen Pläne, ein neues "wirtschaftliches Viereck" in Südostasien unter der Beteiligung Chinas auszubauen, an dem Nordthailand, Südchina, Myanmar und Laos beteiligt sind. (Näheres dazu in C.a., März 1993, Ü 1)
- Auch eine strategische Zusammenarbeit findet statt. China soll inzwischen einen Horchposten im Golf von

Bengalen erhalten haben - und zwar im Bereich des Irrawaddy-Deltas sowie im südbirmanischen Hafen von Mergui. Meldungen dieser Art haben wiederum die Regierung Indiens beunruhigt, die befürchtet, daß die VR China sich zu einer "Zwei-Ozean-Marine-Macht" entwickeln könne. (Dazu C.a., Mai 1993, Ü 2 und April 1994, Ü 2)

Genau auf solche Gerüchte ging Li Peng bei seinem Birma-Besuch ein, als er darauf hinwies, daß zahlreiche westliche Presseorganisationen "Geschichten über Hintergedanken Chinas" in die Welt gesetzt hätten. China habe jedoch nicht die geringste Absicht, seine Einflußsphäre auf den Indischen Ozean auszudehnen: "Solche Geschichten sind total unbegründet." (XNA, 29.12.94) China kämpfe seit langem gegen den Hegemonismus und werde nie "Einflußsphären" errichten. Auch habe China keinen einzigen Soldaten außerhalb seines Territoriums stehen, und sein, Li Pengs, Besuch habe nichts mit Militärfragen zu tun.

- Im übrigen betonte Li Peng noch einmal die Prinzipien der Auslandschinesenpolitik Beijings. Die VRCh stehe zu ihrer alten Linie, alle Chinesen, die ihre Staatsangehörigkeit behalten haben und im Ausland, z.B. in Myanmar, leben, zu ermahnen, sich an die Gesetze ihres Gastlandes zu halten. Soweit Chinesen die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes angenommen haben, unterliegen sie ohnehin dessen Gesetzesbestimmungen. (XNA, 29.12.94) Im übrigen wolle sich China niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen - eine Versicherung, die allerdings zumindest während der Kulturrevolution häufig verletzt wurde: Bekanntlich kam es 1966 zu rotgardistischen Unruhen in Rangun, die von Beijing aus gesteuert waren. Allerdings liegen Vorfälle dieser Art lange zurück und sind in der Zwischenzeit offensichtlich von beiden Seiten "vergessen" worden.
- Beide Nachbarn haben auch ein Interesse daran, daß der Rauschgift-handel gebremst wird. Ganz in diesem Sinne unterstützt Beijing den Kampf des SLORC-Regimes gegen den Opium-König Khun Sa, ohne daß dabei allerdings bisher wirkliche Erfolge erzielt worden wären. -we-

\* (2)  
**China und die APEC**

Seit 1991 gehört China der APEC an. Jiang Zemin nahm an der "Zweiten informellen Tagung" der APEC-Staaten in Bogor/Indonesien teil. Über die Hintertür der APEC sucht die VR China vor allem, möglichst schnell GATT/WTO-Mitglied zu werden. Näheres dazu im Thema dieses Hefts. -we-

\* (3)  
**China bleibt nach wie vor vom GATT/WTO ausgeschlossen**

Am 1.1.1995 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT durch die World Trade Organisation (WTO) ersetzt. China, das mit zu den Gründungsmitgliedern des GATT gehört hatte, dann allerdings wieder ausgetreten war, hatte in der Zwischenzeit immer wieder versucht, ins GATT zurückzukehren und vor allem mit zu den Gründungsmitgliedern der WTO zu gehören. Dieser Plan ist gescheitert, und zwar vor allem am Widerstand der USA, die den Chinesen drei Vorwürfe entgegenhalten, daß sie nämlich 1. ihre Märkte nicht genügend öffneten, daß 2. ihre Währung nicht genügend konvertibel sei und daß 3. laufend geistiges Eigentum entwendet werde: Durch die Kopie von Büchern, Tonbändern, CDs und vor allem von Software-Programmen entstünden der US-Wirtschaft jährlich Schäden in Höhe von rund einer Milliarde US\$. Die chinesisch-amerikanischen Gespräche über Urheber- und Patentrechte waren am 22. Dezember 1994 erfolglos abgebrochen worden. (XNA, 23.12.94) China warnte daraufhin vor einem "Handelskrieg" mit den USA. (IHT, 29.12.94) Amerikanische Firmen könnten beim Wettbewerb um Marktpositionen in China zu kurz kommen, hieß es. Ein höhnischer amerikanischer Kommentar in der *International Herald Tribune* (IHT, 23.12.94) wies darauf hin, daß "Chinas Strategie auf dem Glauben basierte, daß sein Markt so immens und unwiderstehlich sei, daß Regierungen und Unternehmen versucht seien, vor den Menschenrechtsverletzungen die Augen zu verschließen. Doch dieser Plan ging nicht auf. In dieser Woche verweigerten die USA und die größeren europäischen Staaten - wenigstens vorübergehend - die Aufhebung der GATT-Regeln für China und verschoben weitere Gespräche bis Februar." Vor allem müsse das geistige Eigentum künftig stärker beachtet werden. Eine bekannte amerika-

nische Firma habe ein Produkt hergestellt, das in der Zwischenzeit von nicht weniger als 30 chinesischen Betrieben kopiert und von mindestens sieben chinesischen Firmen auch noch exportiert wurde. So könne es nicht weitergehen. Solange Chinas Exporte noch quantité négligeable waren, habe man ein Auge zudrücken können. Inzwischen allerdings sei das Land die zehntgrößte Handelsnation der Welt und weise zudem die höchsten Wachstumsraten auf. In den ersten elf Monaten des Jahres 1994 habe sich Chinas Außenhandel auf 200 Mrd. US\$ belaufen - und sich damit gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahrs um 22% erhöht.

Angesichts solcher Kapazitäten werde eine Beachtung der GATT/WTO-Freihandelsregeln immer wichtiger. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

\* (4)  
**Finanzministerium verstärkt Überwachung der Steuerabführungen aus den Provinzen**

Das Finanzministerium hat angekündigt, in den Verwaltungseinheiten der Provinzebene (mit Ausnahme Tibets) Kontrollbehörden zur Überwachung der Einnahme und Abführung staatlicher Steuern zu errichten. Hauptaufgabe dieser Organe sei es sicherzustellen, daß regionale Verwaltungen und Staatsunternehmen den gesetzlich festgelegten Teil ihrer Einnahmen an die Zentralregierung abführten. Außerdem solle die Nutzung von Geldern, die die Zentralregierung zur Verfügung stelle, überprüft werden. Das Finanzministerium unterhält seit 1986 Organe in den Provinzen, die bisher jedoch nur für die Rechnungsprüfung in staatlichen Großunternehmen verantwortlich waren. (XNA, 10.12.94)

Die Pläne des Finanzministeriums werfen ein Schlaglicht auf die äußerst angespannten Beziehungen zwischen Zentralregierung und Provinzverwaltungen in der Frage der Verteilung des Steueraufkommens: Die Anfang 1994 vorgenommene, von seiten der Zentralregierung mit großen Hoffnungen bedachte Steuerreform hat bisher nicht die erwarteten Besserungen für Beijing gebracht. Während im ersten Halbjahr 1994 die Einnahmen der Zentralregierung nur

um 11,5% stiegen, sind die der Provinzen im Durchschnitt um 39% gewachsen. (RMRB, 30.8.94) Die Provinzfürhungen haben es demnach verstanden, die Steuerreformen, die eigentlich die fiskalische Stellung der Zentralregierung stärken sollten, für ihre eigenen Zwecke zu nutzen.

Das zwischen Zentrale und Regionen in der Frage der Steueraufteilung herrschende Mißtrauen wurde von Anfang an dadurch dokumentiert, daß die Steuerverwaltung eine duale Struktur erhielt: Zentralregierung und Provinzverwaltungen errichteten jeweils eigenständige Finanzbehörden, die sich auf regionaler Ebene über die Verteilung der Steuereinnahmen einigen müssen. Auch beim Aufbau dieser Verwaltungsstruktur zog die Zentralregierung jedoch den kürzeren: Die meisten Provinzregierungen waren schnell imstande, "ihre" Steuerverwaltung in Schwung zu bringen, während die Zentralregierung noch in der zweiten Jahreshälfte in einigen Regionen nicht auf funktionierende untergeordnete Behörden zurückgreifen konnte.

Im September hatte einer der führenden Funktionäre der Staatlichen Steuerhauptverwaltung (*guojia shuiwu zongju*) einigen nicht näher benannten Regionen vorgeworfen, die nationale Steuerpolitik systematisch zu unterlaufen, indem sie etwa großzügig Steuererleichterungen gewährten, die zu Einnahmeverlusten für die Zentralregierung führten. (*Xinwen Bao*, Shanghai, 22.9.94) Solche Manöver gefährdeten das grundlegende Ziel der Steuervereinheitlichung und machten die Steuerreform zu einem "bloßen Stück Papier" (*yi zhi kongwen*).

Auch wenn die staatliche Steuerverwaltung sich im Laufe des Jahres 1994 konsolidiert hat, so scheinen sich Zentrale und Regionen immer noch im Dauerclinch um die Verteilung der Steuereinnahmen zu befinden. Die Steuerreformen haben das Problem nicht abschließend gelöst. Zudem wird der Finanztransfer vom zentralen Staatshaushalt auf die armen Inlandsregionen durch den "Steueregoismus" vieler prosperierender Provinzen behindert. Auch vor diesem Hintergrund ist gut nachvollziehbar, warum von Mitgliedern der Beijinger Führung zum Jahresende ein sehr scharfer Ton gegenüber bestimmten regionalen Führungen angeschlagen wurde. -hei-